

TLZ 10. DEZ. 2014

Straßenplanung bedroht Wilhelmsthaler Park

Naturschutzfachliche und kulturhistorische Aspekte spielen nur eine untergeordnete Rolle

N. Renner schreibt zur Umverlegung der B 19:

Bei der Jahrespressekonferenz der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten in Wilhelmsthal kam man auch auf die Umverlegung der B 19 zu sprechen. Während einerseits Millionen in ein Thüringer Kleinod von überregional historischem Wert gesteckt werden, sollen auf der anderen Seite Hunderte Millionen Euro (260 sind veranschlagt) für eine Straßenführung durch genau dieses Sanierungsensemble ausgegeben werden. Interessant ist dabei der Hinweis, dass die

Bundesverwaltung und ihre Ausführenden als „Maulwürfe“ bezeichnet wurden. Dem gewogenen Leser wird dadurch allerdings nicht verdeutlicht, wer die eigentliche politische Verantwortung für diese Art der Geldverschwendung trägt: Die Thüringer Verwaltung wird im Auftrag der Bundesverwaltung für die Planung von Bundesstraßen tätig.

Selbst nach jahrelanger Prüfung, Bürgerprotesten und mehrmaligen Anläufen kann man nicht behaupten, dass der Raumordnungsbehörde des

Landes mit dem Ergebnis der landesplanerischen Feststellung der große Wurf gelungen wäre. Aus den öffentlich zugänglichen Unterlagen zum Verfahren kann man jedenfalls deutlich herauslesen, dass naturschutzfachliche und kulturhistorische Aspekte eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Eindeutig sind wirtschaftliche Interessen vorrangig berücksichtigt worden.

Bürgerproteste haben zu einer Verlängerung des geplanten Tunnels geführt.

Kurz vor seiner „Demission“ in den Thüringer Landtag hat

Ex-Verkehrsminister Christian Carius „seine“ zuständige Behörde „motiviert“, das Raumordnungsverfahren zur B 19-Umverlegung trotz gegenteiligen Bürgervotums für abgeschlossen und raumverträglich zu erklären. Es lässt sich also konkret feststellen, wer für die Verschwendung von Steuergeldern und ignorierten Bürgerwillen letztlich verantwortlich ist.

Bleibt zu hoffen, dass für geschätzte 10 000 Autos pro Tag unter einer neuen Regierung nicht weiterhin Geld verbuddelt wird.